

dynastietreuer Oesterreicher sich gab. Der Redner der Tscheken, Abg. Dr. Viskovskij, produzierte sich als agrarischer Bolschewik — seine Wähler würden ihm heimleuchten, wenn er ihre Aecker Bolschewikenbanden preisgeben wollte! — suchte ferner mit schönen Reden die Polen für die Opposition einzuspannen und weiter in die Sackgasse hineinzuhetzen, beschönigte die tschechische Ausstandspropaganda und äußerte sich zugleich über die Eliafrage zur Zufriedenheit Clemenceaus. Schließlich widerlegte der Ukrainer Abg. N. v. Wassilko, der bekanntlich in Brest beim Friedensschlusse mit den Ukrainern eine dankenswerte Rolle gespielt hat, die polnischen Ansprüche gegen die Ukraine.

Es folgt die Fortsetzung des Sitzungsberichtes aus der Nachmittagsausgabe:

Die Friedensstat des Grafen Czernin.

Abg. Hausner (Christlichsoz.) fährt fort: Die Deutschen haben ja nur das Interesse, das sowohl die Polen als auch die Ukrainer sich gesehentlich entwickeln und miteinander in Frieden leben. (Lebhafter Beifall links und bei den Ukrainern.) Auch wir wollen mit ihnen in Frieden leben. Wir werden ihnen nie einen Anlaß zum Gegenteile geben, aber man kann dazu nicht schweigen, daß über Nacht in Oesterreich alles auf den Kopf gestellt wird. (Lebhafteste Zustimmung links und bei den Ukrainern.) Die Hauptwürde auf Seite der Polen richten sich natürlich gegen den Grafen Czernin. Graf Czernin ist ...

Abg. Witt: Der geschickteste Mann der Welt!

Abg. Hausner: ... Gewiß, ich halte ihn für einen sehr geschickten Mann und ich bin so unbescheiden, zu sagen, für einen viel geschickteren als den Zwischenrufer. (Weiterlaut.) Graf Czernin ist von der Delegation mit dem strengsten Auftrag nach Brest geschickt worden, mit einem Frieden zurückzukommen. Im Hause selbst sind so oft Friedensdebatten abgeführt worden, deren letzte Worte immer waren, daß er ohne einen Frieden nicht zurückkommen dürfe und auch Abg. Daszynski hat in seiner bekannten Verehrbarkeit den Grafen Czernin in der Delegation hochdramatisch apostrophiert, ihn aufgefordert, nicht nach rechts und nach links zu schauen und den Frieden mitzubringen; dann werde er eines Tages eine große Bemühtung erleben usw. Nun kommt Graf Czernin mit dem Frieden zurück, er wird dafür beschimpft und Abg. Daszynski sagt, dieser Friede geht uns gar nichts an, mit diesem Frieden sind wir nicht einverstanden. (Weiterlaut und Zustimmung links und bei den Ukrainern.) Graf Czernin hätte in Oesterreich ein besseres Schicksal verdient. Während im Abgeordnetenhause davon gesprochen wurde, daß wir so notwendig Brot brauchen — Abg. Daszynski hat pathetisch gerufen: Bei uns in Polen ist kein Brot, aber der Tod — haben wir nun gegen den Tod den Frieden und gegen die Not den Brotfrieden! (Zustimmung links.) Aber das paßt dem Abg. Daszynski nicht. Man hätte doch eines nicht vergessen sollen: Wenn Graf Czernin sonst keine Verdienste hat — und ich berufe mich da auf den Vertreter der Sozialdemokratie, der gerecht genug ist, dieses Verdienst dem Grafen Czernin immer wieder zu vindizieren — das Tor des Friedens hat er geöffnet. (Lebhafteste Händeklatschen.) Im Hause wurden Anträge gestellt, der Friede müsse durch Volksvertreter geschlossen werden. Wie stellen sie sich die Kauferei vor, wenn unsere Friedensapostel zu einem Friedenskongreß gingen? (Zustimmung links.) Man erinnere sich daran, daß Graf Czernin in den Delegationen alle aufgerufen hat, ihm dabei zu helfen, den Frieden zu schließen. Aber wie hat man ihm geholfen? Das Haus kann ruhig eine Gewissensforschung anstellen, ob die hier abgeführten Friedensdebatten für den Grafen Czernin eine Hilfe bedeutet haben oder ein Hindernis. (Zustimmung.) Wenn wir aufrichtig sein wollen, müssen wir gestehen: Wenn Graf Czernin auf uns angewiesen wäre, dann hätten wir nicht einmal den ukrainischen Frieden! (Lebhafter Beifall links.) Es ist gewiß tief bedauerlich, daß man das aussprechen muß, aber hier haben eben die Bolschewiken Anwälte gefunden, als daß man zum Grafen Czernin gehalten hat. (Lebhafteste Zustimmung.) Die Reden, die hier zum Fenster hinaus gesprochen wurden, bedeuten nichts anderes, als eine Aufmunterung an die Entente, sie solle noch ein bißchen Geduld haben, noch ein bißchen zuwarten, mit Oesterreich werde es ohnedies bald zu Ende gehen. (Lebhafter Beifall.) Wir sollten doch dazu helfen, daß man zum Frieden kommt,

daß auch unsere Soldaten nach Hause kommen!

(Zustimmung links und bei den Ukrainern.) Es nützt nichts, wenn man hier alles mögliche sagt und verlangt, der eine oder der andere Jahrgang solle entlassen werden, wenn man aber auf der anderen Seite immer wieder den Krieg verlanget und die Heeresverwaltung zwingt, die Soldaten draußen in den Schützengräben zu behalten. (Zustimmung.) Das beste Mittel, die Rückbeförderung der Soldaten zu erhalten, ist der allgemeine Friede und deswegen sollen wir darauf hinarbeiten, um zu diesem Ziele zu gelangen. (Stürmischer Beifall.) Niemand soll glauben, daß die deutschen Parteien nicht ebenfalls ein warmes Herz für die Soldaten im Schützengraben haben. Abg. Wehne (tsch.-ch. Sozialdem.): Sie waren die ersten, die um Frieden gebetet haben! Sie haben in Wien Demonstrationen für den Krieg veranstaltet. Die „Reichspost“ an der Spitze! (Lebhafteste Geheul links.)

Präsident erhebt sich.

Abg. Hausner: Sie können schreien, so viel Sie wollen was nicht wahr ist, wird auch durch das größte Geheul nicht zur Wahrheit werden. (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Zu einer Zeit, wo das Parlament nicht einberufen war, habe ich als Landeshauptmann von Oberösterreich und als Obmann der Christlichsozialen Vereinigung im Kriegsministerium dahin gearbeitet, es möge die 50jährigen Landsturmmänner nach Hause geschickt werden! Auch wir sind dafür, daß die Soldaten zurückkehren, aber für eine Politik, die die Kriegsnote des Vaterlandes ausnützt, um politische Erpressungen zu üben, sind die deutschen Parteien nicht zu haben. (Lebhafter, anhaltender Beifall.) Auch wir vertrauen uns „ja“ und „nein“ zu sagen und es ist viel leichter, namentlich in der jetzigen Zeit „nein“ als „ja“ zu sagen. Wir haben denselben Mut wie Sie, aber den Mut haben wir nicht, daß wir in Kriegzeiten politischen Wucher treiben. (Anhaltender Beifall.) — Zwischenrufe bei den tschechischen Sozialdemokraten: Wenn gesagt wird, wir können den Krieg beendigen, dann können die Soldaten nach Hause gehen, so ist das eine naive Auffassung. Wir haben unseren Gegnern schon hundertmal angetragen, Frieden zu schließen, sie sagen nein und wollen den Krieg weiterführen.

Abg. Tro (allb.): Da machen die Herren keinen Spektakel, wenn in Versailles gesagt wird, der Krieg soll fortgesetzt werden!

Friedensworte des Kaisers.

Abg. Hausner: Erst gestern hatte ich Gelegenheit, mit Er. Majestät über diesen Punkt zu sprechen.

Er. Majestät hat mich beauftragt, in diesem Hause zu sagen, daß es ihm die größte Sorge bereite, den Krieg fortzuführen zu müssen, und daß er nichts sehnlicher wünsche, als die Soldaten sobald als möglich nach Hause

zu schicken. (Stürmischer, langanhaltender Beifall links und bei den Ukrainern. Hoch- und Heilrufe.) Besonders ist Er. Majestät daran gelegen, die alten Jahrgänge sobald als möglich zu entlassen. (Erneuter stürmischer Beifall.) Was aber soll man dem obersten Kriegsherrn sagen, wenn die Feinde alle Farbigen der Welt zusammensuchen, um sie gegen uns auszurufen, wenn sie sich bis an die Zähne bewaffnen und vom Krieg nicht ablassen? Wir vertrauen auf das Wort des Kaisers, Er ist ein edler, ein guter, ein herzensguter Mann. Er hat keine Freude am Blutvergießen und kein Interesse daran, den Krieg auch nur eine Stunde zu verlängern. Wir vertrauen auf ihn und auf seinen Mitarbeiter des Aushern Grafen Czernin, daß sie uns so bald als möglich den allgemeinen Frieden und damit auch die allgemeine Abrüstung bringen werden. (Lebhafter erhaltender Beif.)

Das Budgetprovisorium

steht eigentlich nichts anderes dar als ein Auskunftsmitel, damit die Maschine des Staates nicht stille steht. Dem Budgetprovisorium handelt es sich nicht um die Vertrauensfrage für das Ministerium, sondern um die Ermöglichung des Weiterfunktionierens des Staates, es handelt sich um eine Notwendigkeit der höchsten Ordnung in Oesterreich. Dadurch, daß das Budgetprovisorium eckelndet, ist in erster Linie das Parlament gefährdet; denn es ist selbstverständlich, daß das Budgetprovisorium auf irgend einem Wege bewilligt werden muß, wenn nicht auf legitime Wege, dann auf anderen Wege. Man darf sich keiner Täuschung darüber hingeben:

Das Parlament ist tatsächlich in Gefahr!

(Hört! Hört!-Rufe links.) Ich sage das mit vollem Bewußt und bin mir des Gewichtes meiner Worte voll bewußt. In dieser Situation muß ich mich fragen: Ist es denn möglich, daß irgend ein Parlamentarier das Parlament in Gefahr kommen läßt? Wäre es möglich, daß die schärfsten Gegner des Parlaments hier sitzen? Sollen die Abgeordneten sich wieder in die Stellung herabdrängen lassen, die sie in der parlamentarischen Zeit eingenommen haben, in eine unruhige und unmögliche Stellung? (Lebhafteste Zustimmung.) Der Bureaucratismus, sowohl der der zivilen wie der der Militärverwaltung, hat sich in einer Weise ausgelebt, daß die Bevölkerung darunter leidet. Wir brauchen das Parlament, und ohne Parlament können wir nicht existieren! Gewiß bedeutet unser jetziges Parlament nicht das Ideal von einem Parlament. Aber die Bevölkerung sagt sich heute, lieber ein schlechtes, als gar kein Parlament. Deswegen werden die Christlichsozialen für das Budgetprovisorium stimmen. Sie haben die Überzeugung, daß sie durch ihre Zustimmung für das Parlament sorgen und daß das Budgetprovisorium für Staat und Vaterland notwendig ist. (Zustimmung.) Das österreichische Volk hat große Aufgaben: zu seinen größten Aufgaben gehört, daß es die Leiden und Drangsale des Krieges lindere, die Leiden der Bevölkerung trodne. Ich glaube, das Haus wird seine Aufgabe würdig sein und seine Pflichten erfüllen. (Stürmischer anhaltender Beifall.) Redner wird vielfach beifällig.

Ein Südslave gegen Trocki.

Abg. Dr. Trešić (Kroat.) führt aus, Graf Czernin vertritt die absolutistische Gewalt von Cotta's Gnaden Trocki die willkürliche Gewalt von usurpatorischen Gnaden. Wir können zwei solche Männer miteinander verhandeln? Trocki werde den Völkern seines Vaterlandes den Frieden des Friedens und der absoluten Freiheit, der Anarchie, den nationaler und staatlicher Tod bringen. Ebenso beschimpft der Redner die Vertreter der ukrainischen Rada. Graf Czernin müsse sich, wenn er glaube, daß Friedensverhandlungen auf der Basis der Nichterreichung in die inneren Angelegenheiten möglich seien. Redner ist sehr für diese Gemischung und spricht dann über den südslavischen Staat, wie er, der Freund des Herrn Dr. Trumbić, sich diesen wünscht.

Die Südslaven verlangen nationale Vereinigung und absolute Unabhängigkeit. (Zustimmung) werde bald ein spontanes Plebiszit (1) für die Unabhängigkeit zustande gebracht sein. Redner bespricht sodann eingehend die „Tyrannei“ in Dalmatien. Die Verhandlungen von Brest-Litowsk nennt er eine „Komedie“. Er beschimpft neuerlich die ukrainischen Friedensdelegationen und den Präsidenten der Radegierung Golubowitsch. Es sei solange möglich, vom Frieden zu reden, bis nicht einer der Kriegführenden Gegner erlahmt ist oder am Boden liegt. Ein Kompromißfriede, in dem es keine Sieger oder Besiegte gebe, wäre nur die Ursache neuer Kriege. Redner ist gegen einen solchen Frieden. Einen Frieden werden, sagt er, nur die echten verbündeten Demokratien der ganzen Welt nach demokratischen Prinzipien schließen können.

Abg. Ritter (d. Anz.) wirft den Polen Erpresserpostul vor und bespricht sodann die landwirtschaftlichen Verhältnisse und die Zustände in Kärnten. Die östlichen Deutschen hätten mit den Slovenen immer in guten Einvernehmen gelebt, und er verweist darauf, daß auf einem tschechischen Volkskongreß in der tschechischen Bürgermeisterei eingefunden hätten, die gegen die Rede des Abg. Korosec protestierten. (Beifall.)

Eine offizielle Genugtuung

Ministerpräsident Dr. A. v. Seidler: Ich sehe mich veranlaßt, auf die in der Debatte erfolgten Angriffe gegen das Deutsche Reich zurückzukommen. Sie haben bereits von der zuständigen Stelle dieses hohen Hauses Ihre Kennzeichnung erfahren. Ich muß sie aber auch namens der Regierung mit aller Schärfe zurückweisen. (Lebhafter Beifall links.) Sie wirken kriegsverlängernd, indem sie den Kriegsherrn im gegnerischen Lager Argumente gegen die Geschlossenheit der Mittelmächte liefern. Sie besorgen die Geschäfte unserer Feinde, denn sie bemühen sich, uns von einem treuen Freunde zu trennen, unser Verhältnis zu dem allezeit und namentlich im Feuer des Weltkrieges herrlich bewährten Verbündeten zu zerreißen. Gott sei Dank, steht dieses Verhältnis zu hoch und zu fest, als daß solche Duertreibereien an seiner Macht, Wärme und Innigkeit zu rühren vermöchten. (Lebhafter Beifall links.)

Ebenso weise ich die Beleidigung, die dem Ukrainischen Staate, mit dem wir in freundschaftlichen Beziehungen getreten sind, in der Person seines Vertreters zugefügt wurde, mit dem Ausdruck des tiefsten Bedauerns zurück. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Lovro Bogacnik (Südsl.) führt aus, nicht die Deutschen hätten Oesterreich vor dem Feinde bewahrt (Lebhafteste Gegenrufe bei den Deutschen), sondern Oesterreich habe den Einmarsch der russischen Kolaken nach Berlin im Jahre 1914 verhindert. (Lebhafteste anhaltende Zwischenrufe links. — Gegenrufe rechts. — Lärm.)

Abg. Dr. Schürff (dnat.) Wo ist der Abg. Gregorcic? (Ist ins Ausland gefahren.)

Abg. Dr. Bogacnik: Wo waren denn Sie, als der Krieg ausbrochen ist? Sie haben sich im Hinterlande gedrückt! (Lebhafteste Zwischenrufe.) Ich habe mich freiwillig an die Front gemeldet und werde mein Leben noch weiterhin dem Vaterlande zur Verfügung stellen. (Lebhafter Beifall rechts. — Lebhafteste Zwischenrufe links. — Anhaltender Lärm.)

Zwischen den Abgeordneten Albrecht und Wehne kommt es zu einem ersten Wortwechsel, in dessen Verlauf Präsident den Abg. Albrecht zur Ordnung ruft.

Parlamentarisches. Die Budgetberatung.

„Das Parlament ist in Gefahr!“

Das Abgeordnetenhause hat heute die erste Lesung des Budgetprovisoriums fortgesetzt. In einer Obmannkonferenz wurde, wie angekündigt worden ist, beschlossen, morgen die erste Lesung zu beenden und dem Budgetausschusse eine dreitägige Frist zu geben; sodann soll das Provisorium am Dienstag in zweite Lesung genommen werden, für die zwei Tage und eine Redezeit von 40 Minuten in Aussicht genommen sind. Am Mittwoch um fünf Uhr nachmittags wird dann die Abstimmung vorgenommen werden.

In den parlamentarischen Schwierigkeiten ist heute keine Aenderung eingetreten; die Frist zu deren Lösung und zur Schaffung einer Mehrheit für das Budgetprovisorium läuft am Mittwoch ab, doch hofft man noch, daß es der Regierung bis dahin gelingen wird, die Staats- und Parlamentsnotwendigkeit zu sichern. Ein getreues und aufrichtiges Bild der politischen Verfahrenheit, eine scharfe Charakteristik der oppositionellen Scharfmacher gab heute der Obmann der christlichsozialen Vereinigung Abg. Hausner in einer großen, Aufsehen erregenden Rede. Er unterzog die Kursänderung der Polen einer offeneren Kritik, die ins Schwarze traf, er sagte den Sozialdemokraten die nackte Wahrheit über ihre Hege gegen den Frieden und gegen Graf Czernin und über ihre offenkundigen Falschmünzereien als Anwälte der Bolschewiken, er machte den Tscheken Vorhalte über ihre politischen Erpressungen und über den politischen Wucher, den sie in Kriegzeiten mit der Not des Vaterlandes betreiben. Seine Rede gipfelte in einer ernsten, eindrucksvollen Warnung, das Haus möge nicht die Staatsnotwendigkeiten verweigern und nicht Selbstmord begehen und die Bevölkerung neuerlich der Bureaucratie ausliefern. Sein Ruf: „Das Parlament ist in Gefahr!“ wie seine rückhaltlose Kritik der Opposition waren der Bevölkerung aus dem Herzen gesprochen und seine Warnung war um so mehr gemeinverständlich, als der Redner sie unmittelbar an die Mitteilung anknüpfte, daß er vom Kaiser ermächtigt sei, neuerlich den Friedenswillen des Monarchen kundzutun. Die Rede des Führers der Christlichsozialen, die oft und oft mit rauschendem Beifalle überschüttet wurde, wirkte durch den Ernst und durch die Entschiedenheit ihres Tones auch bei den Betroffenen tief nach und blieb das Ereignis des heutigen Tages.

Die gestrigen Pöbeleien, die sich gegen unseren deutschen Bundesgenossen und gegen die Vertreter der Ukraine gerichtet hatten, wurden heute durch eine Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler mit aller Schärfe zurückgewiesen und damit eine offizielle Genugtuung gegeben. In der Debatte sprachen heute zwei Südslaven gegeneinander, indem Abgeordneter Dr. Trešić, mit kaum verhüllten Hoffnungen spielend, in nicht mißzuverstehender Weise sagte, der Krieg könne nicht unentschieden enden, sondern müsse mit der Niederlage einer der beiden Parteien enden, während Abg. Dr. Bogacnik als staats- und

Reich